

Zürich, 8. März 1999

KR-Nr. 86/1999

ANFRAGE von Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich)

betreffend Verschärfung des Asylgesetzes

Gemäss einer Zeitungsmeldung vom Februar 1999 will die britische Regierung ihr Asylgesetz verschärfen. Dies um der wachsenden Zahl von Asylbewerbern entgegenzutreten. Unter anderem sollen Wirtschaftsflüchtlinge vermehrt abgeschoben werden. Echte Asylsuchende sollen Gutscheine und Nahrungsmittel statt Bargeld erhalten. Das Interessante ist dabei, dass die Ideen von Tony Blairs Labours stammen. Die konservativen Tories finden, dass die Massnahmen nicht ausreichend seien

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zur finanziellen Unterstützung von Wirtschaftsflüchtlingen?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Möglichkeit Gutscheine statt Bargeld abzugeben, damit sich Asylsuchende die Artikel des täglichen Bedarfs besorgen können?
3. Wie sind die Möglichkeiten aus Sicht des Regierungsrates Nahrungsmittel statt Bargeld abzugeben? Welche logistischen Mittel müssten dafür zur Verfügung gestellt werden?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die finanziellen Auswirkungen durch eine eventuelle Abgabe von Gutscheinen und Nahrungsmittel gegenüber dem heutigen System (Einsparungen/Verteuerungen bei der Verteilung beziehungsweise der Abgabe)?
5. Welches Recht müsste angepasst werden, um solche Massnahmen umzusetzen?

Für die Beantwortung der Fragen danke ich dem Regierungsrat.

Vilmar Krähenbühl